64. Jahrgang. № 344. Sonnabend, 13. Dezember 1919.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr / Anzeigen-Preise. vierteljährlich in Dresden und Vororten bei zweimaliger Zutragung sowie bei einmaliger Zustellung durch die Post (ohne Bestellgeld) 6,60 M. monatlich 2,20 M. Die einspaltige 37 mm breite Zeile 90 Pf. Auf Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt einspaltige Kn- und Bestfuhr 75 Pf. Vorzugsplätze laut Tarif, auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 15 Pf., Sonntags 20 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 19395 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Haarfärbemittel** farbenschön haltbar garantiert giftfrei Parfümerie Paul Schwarzlose Dresden-A. Schloßstr. 13

# Das Programm der Londoner Besprechung.

## „Eine starke militärische Entente."

**Paris, 12. Dez.** Wie der Sonderberichterstatter des „Matin" aus London mitteilt, ist das Programm der Unterredung zwischen den Staatsmännern der alliierten Staaten in London wie folgt festgesetzt worden: Eine starke militärische Entente zwischen Frankreich, England und Belgien zu erzielen, wenn möglich mit einem interalliierten Generalstabe; ein ausreichendes Heilmittel gegen den Sturz des Wechselkurses zu suchen, endlich durch ein Uebereinkommen zwischen der englischen und französischen Regierung eine gemeinsame Lösung der türkischen und russischen Probleme, sowie der Adriafrage zu erzielen. Die gestrigen Beratungen zwischen Lloyd George und Clemenceau sollen heute auf breiterer Basis unter Hinzuziehung des italienischen Außenministers Scialoja und des amerikanischen Botschafters Davis fortgesetzt werden, so daß also auf der einen Seite eine französisch-englische, auf der anderen Seite eine interalliierte Konferenz abgehalten wird, welch letztere man als eine fortgesetzte Friedenskonferenz betrachten könne. (W. T. B.)

## Warum Clemenceau nach London fuhr.

**Hamburg, 12. Dez.** Dem „Hamburger Fremdenblatt" wird aus Paris gemeldet, Clemenceau führen nur zwei Dinge nach London: die Kohle und die Währungsfrage, die beide sichtlich einer Katastrophe zutreiben, wenn England nicht hilft. Es steht fest, daß, wenn nicht der gesamte französische Eisenbahnverkehr eingestellt wird, bereits von den nächsten Tagen an alle Expreßzüge ausfallen werden. Ab Januar können die Haushaltungen nicht mehr mit Kohlen versorgt werden. Die Einführung der Brotkarte und eine namhafte Erhöhung des Brotpreises stehen in Paris unmittelbar bevor. Des Nachts fehlt überall die Beleuchtung. Die Unsicherheit auf den Straßen und auf den Bahnhöfen ist unerträglich. Der Frankenkurs fällt täglich. Innerhalb dreier Monate verlor er auf dem Schweizer Markt 100 Punkte. England soll in dieser Not helfen. Es hat auch vielleicht den guten Willen, kann aber, wie hier angekommene englische Korrespondenten erzählen, weder Nahrungsmittel noch Kohlen schicken, weil es dazu selbst großen Mangel leidet. Clémenceau hofft, trotzdem glücklich bei den Verhandlungen zu sein.

### Die allgemeinen Verhältnisse in England.

Ueber die allgemeine wirtschaftliche Lage in England und die vorherrschende Stimmung erfahren wir von einem der angesehensten Bankiers des englischen Handels, welcher noch vor kaum einer Woche in Geschäften in London weilte, folgendes: Mein Aufenthalt in England war im höchsten Maße lehrreich. Der Eindruck, den ich gewonnen habe, geht dahin, daß die Engländer einsehen, uns mit Rücksicht auf Amerika und Japan in Zukunft notwendig zu brauchen, und daß sie daher, sobald einmal der Friede endgültig geschlossen sein wird, Mittel und Wege ergreifen werden, um mit uns wieder zu einem annehmbaren geschäftlichen Verkehr zu kommen. In den urteilsfähigen Kreisen Englands ist man schon jetzt dieser Ansicht und tut auch alles Mögliche, um zu beweisen, daß es sich bei ihren Aeußerungen nicht um leere Worte handelt; aber die breiteren Schichten der Bevölkerung werden durch die unausgesetzte Hetze der Presse so arg gegen Deutschland verbittert, daß man einstweilen in den Regierungskreisen mit seinen wirklichen Ansichten sich noch nicht hervorwagt. Erst wenn einmal der Friede endgültig geschlossen worden ist, läßt sich erwarten, daß die Vernunft energischer zur Geltung kommt, und dann auch die Presse ihre Hetzarbeit einstellt. Im übrigen sind die Verhältnisse in England genau wie bei uns. In allen Kreisen wird lebhaft politisiert, aber wenig gearbeitet. Die Lebensmittelpreise haben eine bedeutende Höhe erreicht. Kohlen, Butter, Zucker sind nur zu Hamsterpreisen zu erlangen. Daneben herrscht allgemein auch große Verschwendungssucht. Jeder, der sein Geld schnell verdient hat, gibt es aus in der Befürchtung, daß es ihm entweder durch Steuern oder durch irgendwelche Gewaltakte genommen werden könnte.

## Die deutsche Antwort.

**Berlin, 12. Dez.** Die Antwort der deutschen Regierung ist nunmehr fertiggestellt und wird sofort nach Genehmigung durch die zuständigen Stellen nach Paris abgehen. Die Fachkommission, die eventuell nach Paris entsendet wird, ist noch nicht zusammengestellt, sicher ist nur, daß Senator Dr. Petersen-Hamburg ihr nicht angehören wird, da er eine Beteiligung an dieser Mission ablehnt. Die Meldung, daß Unterstaatssekretär v. Haniel der Kommission angehören wird, trifft nicht zu, sein Name ist in den Verhandlungen gar nicht genannt worden. Die Kommission wird sich, wie verlautet, im wesentlichen aus hanseatischen Fachmännern zusammensetzen, ihr werden jedoch ein Jurist und ein Diplomat oder Politiker angehören.

### Ein neuer französischer Finanzminister?

**Genf, 12. Dez.** Nach Pariser Meldungen wird unmittelbar nach Clémenceaus Rückkehr aus London eine durchgreifende Veränderung im französischen Staatsministerium eintreten. U. a. soll der gegenwärtige Finanzminister Klotz, der stark enttäuscht ist, Gouverneur in Algerien werden, und an die Spitze des Finanzministeriums soll Loucheur treten.

## Demissionsabsichten Lansings?

**Paris, 12. Dez.** Wie der „Matin" aus Neuyork meldet, soll Staatssekretär Lansing die Absicht haben, zu demissionieren. Wegen der mexikanischen Frage ist ein Zwiespalt zwischen dem Staatssekretär und Wilson ausgebrochen. Im übrigen ist auch festgestellt worden, daß der Präsident während seiner ganzen Krankheit Lansing nicht ein einziges Mal empfangen hat. (W. T. B.)

**Amsterdam, 12. Dez.** Aus Washington wird gemeldet, daß der Bruch zwischen dem Präsidenten Wilson und seinen bisherigen Vertrauensleuten vollkommen ist. Oberst House, der bereits seit einiger Zeit in Washington weilt, hat den Präsidenten noch nicht besucht. Die Gründe für dieses Zerwürfnis bestehen darin, daß House eigenmächtig gehandelt hat. Er hat u. a. ohne Wissen Wilsons der englischen Regierung versichert, daß Wilson seine Forderungen bezüglich der Freiheit der Meere aufgeben werde und hat dem früheren italienischen Ministerpräsidenten Orlando eine Aenderung der amerikanischen Forderungen in der Fiumefrage versprochen.

### Die amerikanische Industrie für Wiederaufnahme des Handelsverkehrs mit Deutschland.

**Neuyork, 12. Dez.** Wie „Chicago Tribune" berichtet, hat die amerikanische Regierung an die großindustriellen Unternehmungen ein Rundschreiben gerichtet, in dem sie anfragt, ob sie die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs mit Deutschland für wünschenswert hielten. Sämtliche Firmen bejahten die Frage, einerseits im amerikanischen Interesse, anderseits, um Deutschland in die Lage zu bringen wie sie sagen, seine Kriegsschulden zu bezahlen. Auch moralische Gründe wurden angeführt.

## Das Urteil im Budapester Terroristenprozeß

**Budapest, 12. Dez.** (Ungar. Tel.-Korr.-Bur.) Im Terroristen-Prozeß hat der Gerichtshof gegen 14 Angeklagte das Todesurteil ausgesprochen; u. a. gegen Josef Cserny wegen Anstiftung zum Morde in sieben Fällen, gegen Gabriel Caomor wegen vierfachen Mordes, gegen Franz Kakas, Geza Renmayer und Martin Boeschcr wegen dreifachen Mordes, gegen Alexander Pap und Tibor Bonyhati wegen Anstiftung zum Mord in je drei Fällen. Den Verurteilten wurden außerdem noch Raub, Veruntreuung, Hehlerei u. dergl. nachgewiesen. Die übrigen Angeklagten wurden zu Kerkerstrafen verurteilt. (W. T. B.)

## Die österreichische Not und der Verband.

**Paris, 11. Dez.** Staatskanzler Renner ist mit seiner Begleitung heute mit dem Orientexpreßzuge in Paris eingetroffen. Gleich bei seiner Ankunft schilderte er einem Vertreter des „Temps" die Notlage Deutschösterreichs und Wiens insbesondere. Die kleine deutschösterreichische Republik verlange nur die Möglichkeit zu leben. Solle ein ganzes Volk buchstäblich zugrunde gehen? Man spreche von der bolschewistischen Gefahr. Aber könne man der verzweifelten Revolte von Menschen, die keine andere Triebfeder als den Hunger hätten, noch eine politische Bezeichnung geben? Renner sagte weiter: Wir wollen keine Bettler sein. Wir wollen unsere Fähigkeit zur Arbeit wiedergewinnen. Wir wollen wieder aufbauen, solange es noch etwas wieder aufzubauen gibt. (W. T. B.)

**Paris, 12. Dez.** Staatskanzler Renner hat in der gestrigen Sitzung der Reparationskommission eine Erklärung abgegeben, in der er darauf hinweist, daß die Republik Oesterreich ohne ein Versäumnis ihrer Verwaltung binnen drei Wochen ohne Brot und Mehl sein würde und bei ihrer niedrigen Währung selbst weder Getreide, noch irgend andere Lebensmittel werde kaufen können. Derart, sagte der Staatskanzler, ist unsere Lage, daß wir es nicht wagen können, nach Wien zurückzukehren, ohne Brot und Kredit mitzubringen. Keine Regierung kann es verantworten, die öffentlichen Geschäfte weiterzuführen, wenn sie weiß, daß viele Millionen Menschen in einigen Tagen einem absoluten Nichts gegenüberstehen. Sie selbst würden es dieser Regierung niemals verzeihen, wenn sie nicht durch das freimütigste Bekenntnis der Lage des Landes die Menschheit vor der grauenhaftesten Katastrophe gewarnt hätte. Wir appellieren an Ihr politisches Urteil, das nicht zulassen kann, daß sechs Millionen verzweifelter Menschen ohne eigene Regierung den Mächten die schwierigsten militärischen und politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Aufgaben aufzwingen. Wir appellieren an Ihr menschliches Herz, das die Möglichkeit eines Massensterbens ohne geschichtliches Beispiel im 20. Jahrhundert der christlichen Zivilisation weit von sich weisen wird. Wir glauben, hoffen zu dürfen, daß die wohldurchdachten Anträge der Reparationskommission dem Obersten Rate jene Vorschläge erstatten wird, deren Annahme und Durchführung unser armes Volk retten und in den Stand setzen wird, die im Vertrage von St. Germain übernommenen Pflichten in rechtschaffener Weise zu erfüllen.

### Wiener Kinder nach Italien.

**Rom, 11. Dez.** Ein erster Sonderzug wird demnächst bedürftige Wiener Kinder zum Aufenthalt nach Italien bringen. Die Initiative zu diesem Hilfswerk wurde von den Gemeinderäten von Mailand, Bologna, Reggio d'Emilia und Alessandria ergriffen und fand bei der italienischen Regierung günstige Aufnahme. (W. T. B.)

## Durchpeitschung der Vorlage über die Betriebsräte?

Mit einer unheimlichen Hast, als wenn sie vom bösen Gewissen getrieben würde, arbeitet die Reichsgesetzgebungsmaschine an ihren verhängnisvollen finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Experimenten weiter. Noch ist das Reichsnotopfer nicht in dritter Lesung unter Dach und Fach gebracht, da wird schon offiziös versichert, daß die Regierung nicht bloß sämtliche Steuergesetzentwürfe einschließlich des Reichsnotopfers, sondern auch noch die Betriebsrätevorlage „unbedingt" vor Weihnachten durch die Nationalversammlung verabschieden lassen werde. Das ist ein recht kühnes Vorhaben, das nicht einmal für das Reichsnotopfer allein ohne weiteres durchführbar zu sein scheint. Die Demokraten haben nämlich, gedrängt von den einflußreichen Industrie-, Handels- und Finanzkreisen in ihren Reihen, eine von der Rechten mit Beifall aufgenommene Erklärung abgegeben, wonach die demokratische Fraktion ihre endgültige Entschließung über das Reichsnotopfer von dem Verhalten der Entente gegenüber dem Ertrage aus dieser Abgabe abhängig zu machen gewillt ist. Ferner soll zwischen der am Donnerstag beendeten zweiten und der dritten Lesung noch ein ernstlicher Versuch der bürgerlichen Parteien gemacht werden, die Vorlage auf eine andere, einigermaßen erträgliche Grundlage zu stellen. Wenn also schon hier die Durchpeitschungsmethode zu versagen droht, um wieviel weniger kann es dann denkbar sein, daß der Gesetzentwurf über die Betriebsräte, der nicht minder tief in unser wirtschaftliches Leben einschneidet, unmittelbar unter dem abschreckenden Eindruck der Verhandlungen über das Reichsnotopfer in wenigen Tagen, gewissermaßen im Handumdrehen sich durchpeitschen ließe? Gewiß, die Absicht der Regierung mag das sein, aber die bürgerlichen Kräfte des Widerstandes müssen die Durchführung dieser Absicht verhindern. Es gilt, noch einmal in letzter Stunde die ganze Wucht, die der bürgerlichen öffentlichen Meinung innewohnt, zusammenzufassen, um einen allgemeinen Sturmlauf gegen das fressende Uebel, mit dem die Betriebsräte unser wirtschaftliches Leben bedrohen, ins Werk zu setzen.

Der frühere Reichsminister und jetzige demokratische Abgeordnete Gothein, der sonst auf den Spuren Erzbergers wandelte, ruft jetzt ernüchtert seinem ehemaligen Meister zu: „Eine Finanzpolitik, die keine Rücksicht auf die wirtschaftliche Notwendigkeit des Kapitals nimmt, ist im höchsten Grade unsozial". Wie soll man aber erst eine Wirtschaftspolitik nennen, die aus Gründen der parteipolitischen Taktik, aus Angst vor dem Radikalismus der alleräußersten Linken unser gesamtes wirtschaftliches Leben, das wie ein Schwerkranker die größte Schonung, Ruhe und Stetigkeit braucht, einer Clique von nachtflüsternden, jeder höheren Einsicht baren Terroristen ausliefert? Daß die Betriebsräte diese Bezeichnung vollauf verdienen, haben sie da, wo sie tatsächlich, ohne gesetzliche Unterlage, bereits vorhanden sind, durch ihr wüstes Treiben bis zum Ausschluß jedes Zweifels bewiesen. Im Ruhrgebiete sind sie als Werkzeuge einer fortgesetzten Verhetzung der Arbeiterschaft tätig gewesen, und kaum daß die Verhältnisse dort ruhiger geworden sind, da stacheln dieselben radikalen Unterhäuptlinge die Gemüter wieder auf durch die Erhebung von geradezu ruinösen Forderungen, zu deren Erfüllung für eine Gesamtbelegschaft von 401000 Mann rund 700 Millionen Mark nötig sein würden. Diese Dreistigkeit geht auch den Mehrheitssozialisten über die Hutschnur und sie haben es sich daher angelegen sein lassen, den Betriebsräten im Ruhrgebiete nachdrücklich zu Gemüte zu führen, daß man derartige unsinnige Forderungen nicht bloß ins Blaue hinein stellen dürfe, sondern auch gleichzeitig angeben müsse, wie sie befriedigt werden könnten.

Ein besonders drastisches Bild von den Segnungen der Betriebsräte gibt der finanzielle Zusammenbruch des Metallarbeiterverbandes, der unter der früheren gewerkschaftlichen Leitung sich den Ruhm erworben hatte, der größte und kapitalkräftigste Arbeiterverband der Welt zu sein. Die Unabhängigen, die in den Betriebsräten das Mittel zur Verwirklichung der Diktatur des Proletariats erblicken, haben mit Hilfe dieser ihnen gefügigen Organe die alte gewerkschaftliche Führung aus dem Sattel gehoben und es fertig gebracht, ihre eigene Befähigung zu schöpferischer Arbeit dadurch zu erweisen, daß sie durch ihre unsinnige Streikpolitik innerhalb drei Wochen das 40 Millionen Mark betragende Vermögen des Verbandes in so wahnwitziger Weise verschleuderten, wie ein vom Spielteufel Besessener in Monte Carlo das Geld mit vollen Händen und ohne Ueberlegung dem Moloch seiner Leidenschaft in den Rachen wirft. Die Folge dieser haarsträubenden finanziellen Mißwirtschaft ist, daß der Verband vor dem Ruin steht. Da endlich ist den radikalen Verschwendern ein Licht über die Wirkung ihres Tuns aufgegangen und sie haben sich herbeigelassen, in einem Geheimzirkular ihren Anhängern Zurückhaltung zu empfehlen und vor weiteren Streiks eindringlich zu warnen. Sie predigen aber tauben Ohren; denn schon wird in Berliner Versammlungen der radikalen Betriebsräte für einen neuen